

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **HFA/012/2016**

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine  
am 19.01.2016**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### **Anwesend als**

#### **Vorsitzender:**

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

#### **Mitglieder:**

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

#### **Vertreter:**

Herr Dr. Manfred Konietzko CDU

Vertretung für Herrn  
Udo Bonk

Herr Josef Wilp CDU

Vertretung für Frau Bir-  
gitt Overesch

**Gäste:**

Herr Thomas Knur

Mitarbeiter der EWG -  
bis TOP 13 (17:37 Uhr)

**Verwaltung:**

Herr Mathias Krümpel

Erster Beigeordneter  
und Stadtkämmerer

Frau Christine Karasch

Beigeordnete

Herr Raimund Gausmann

Fachbereichsleiter FB 2

Herr Jürgen Grimberg

Fachbereichsleiter FB 7

Herr Christoph Noelke

Fachbereichsleiter FB 3

Herr Dr. Jochen Vennekötter

Fachbereichsleiter FB 5

Herr Jürgen Wullkotte

Fachbereichsleiter FB 4

Frau Wiebke Gehrke

Pressesprecherin

Frau Julia Seebeck

Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Udo Bonk

CDU

Ratsmitglied

Herr Rainer Ortel

Alternative für Rheine

Ratsmitglied

Frau Birgitt Overesch

CDU

Ratsmitglied

Herr Kurt Radau

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Herr Michael Reiske

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung am 24.11.2015**

0:00:33

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 24.11.2015 gefassten Beschlüsse**

0:01:00

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

**3. Informationen der Verwaltung**

0:01:06

Es liegen keine Informationen vor.

**4. Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH - "10 Millionen in 10 Jahren - Haushaltsmaßnahmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN"  
Vorlage: 033/16**

0:01:16

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**5. Sachstand Antrag: "10 Millionen in 10 Jahren - Haushaltsmaßnahmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN"  
Vorlage: 038/16**

0:01:47

Herr Hachmann bedankt sich für die gute Übersicht.

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Stand zur Umsetzung des Antrages „10 Millionen in 10 Jahren – Haushaltsmaßnahmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ zur Kenntnis.

### **6. Nelson-Mandela-Schule Sekundarschule der Stadt Rheine zusätzlicher Einsatz erneuerbarer Energien Vorlage: 016/16**

0:02:35

Frau Karasch teilt mit, dass im Zuge der Beratungen im Bauausschuss und im Arbeitskreis der Sekundarschule darüber gesprochen wurde, wie der Einsatz von regenerativen Energien doch noch umgesetzt werden könne. Die Finanzierung könne nicht durch Mittel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz erfolgen. In welchem Umfang die Leistungen in der Baumaßnahme tatsächlich umgesetzt werden können, würde man, wenn die Planungen dazu vorliegen, in einer gesonderten Vorlage darstellen.

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt für die Erweiterung und den Ausbau der Nelson-Mandela-Schule Sekundarschule der Stadt Rheine im Hinblick auf den Einsatz regenerativer Energien Folgendes:

1. Um intensiver zu untersuchen, ob und in welchen Bereichen der Einsatz regenerativer Energien am sinnvollsten ist, soll ein zusätzlicher Planungsauftrag für die abgeschlossene Entwurfsplanung an die Fachplaner der technischen Ausrüstung (HLS und Elektro) erteilt werden. Die Beauftragung liegt im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung.  
Dieser Planungsauftrag soll mindestens den Einsatz einer Wärmepumpe, von Erdsonden und von Photovoltaiktechnik (laut SPD-Antrag) umfassen.
2. Zusätzlich sollen Mittel in Höhe von 300.000 € zur Verfügung gestellt werden für den Einsatz regenerativer Energien, vorbehaltlich eines Beschlusses des Bauausschusses zur Umsetzung regenerativer Energien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **7. Verpflichtungsermächtigung zum Ankauf von militärischen Konversionsflächen Vorlage: 034/16**

0:04:22

Frau Karasch informiert, dass zu erwarten sei, dass die Gespräche mit der BImA im Laufe des Jahres soweit fortgeschritten seien, dass es zum Kaufvertragsabschluss kommen werde. Dafür werde die Verpflichtungsermächtigung benötigt, die nicht den abschließenden Kaufpreis widerspiegele.

Herr Roscher weist darauf hin, dass in diesem und in folgenden Tagesordnungspunkten deutlich werde, dass es eine sehr unsichere Datenlage gebe.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Sonderprojekt Konversion (Produktgruppe 5951: General-Wever-Kaserne) stellt der Rat der Stadt Rheine eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2016 mit Auszahlung in 2017 in Höhe von 4.500.000,00 € bereit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 004/16**

0:07:32

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den der Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beige-fügten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis: 1 Nein-Stimme  
15 Ja-Stimmen

**9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2016 - 2019 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen  
Vorlage: 036/16**

0:08:27

Herr Krümpel informiert, dass es gegenüber dem eingebrachten Defizit in Höhe von 8.282.000 Euro deutliche Verbesserungen im Ergebnishaushalt gegeben habe. Das derzeitige Defizit belaufe sich auf 3.235.000 Euro. Verbesserungen gab es im Sonderbereich 9 durch die veränderte Regionalisierung in Höhe von 600.000 Euro, durch die 2. Modellrechnung zum GFG mit 829.000 Euro, durch die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage mit 399.000 Euro, durch Anpassungen in der Bescheidlage bei der Gewerbesteuer mit 1.700.000 Euro, durch Verbesserungen aus den Fachausschussberatungen, hier vor allem durch die höheren Erstattungsleistungen des Landes für die Asylunterbringung in Höhe von 1.470.000 und durch die sonstigen Änderungen der Fachbereichsbudgets von 913.000 €. Bei den Erträgen seien insbesondere Mittel aus dem Kommunalinvestitionspaket eingeplant.

Herr Krümpel teilt mit, dass man im Investitionshaushalt ca. 4.400.000 Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen, zusätzlich zum Entwurf, veranschlagt habe.

Die Erhöhung führe dazu, dass im Haushalt, erstmalig seit langem, eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 4.249.000 Euro ausgewiesen werden müsse.

Herr Hachmann beantragt, im Fachbereich 4, Produktgruppe 42 Finanzen, Ergebnisplan, Berichtszeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eine Verminderung der Gutachter- und Beratungskosten um 7.000 Euro auf 35.000 Euro im Jahre 2016 ff.

Weiter beantragt er, im Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Ergebnisplan, Berichtszeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: Portalrelaunch, die Anbringung eines Sperrvermerks.

Herr Roscher macht deutlich, dass es in diesem Jahr viele Faktoren gebe, z. B. im Flüchtlingsbereich, die man heute noch nicht überblicken könne. Erfreulich sei, dass man für die zunehmenden Belastungen zusätzliche Zuwendungen vom Bund und Land bekommen habe, jedoch sei unklar, ob diese ausreichen werden. Herr Roscher bezieht sich auf den Sperrvermerk und teilt mit, dass er mit diesem Vorgehen nicht zufrieden sei. Man wolle die Verwaltung in vielen Bereichen entlasten. Durch den Portalrelaunch habe der Bürger einen leichteren Zugang zur Verwaltung. Die Abarbeitung von bestimmten Vorgängen in der Verwaltung werde durch den Portalrelaunch einfacher.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf den Antrag von Herrn Hachmann und bittet um eine Begründung.

Herr Hachmann begründet, dass die Gutachterkosten pauschal gekürzt werden sollen, weil 35.000 Euro ausreichend seien.

Herr Hachmann bezieht sich auf den Portalrelaunch und informiert, dass er sich mit Herrn Doerenkamp das Lastenheft im Detail angesehen habe. Es gebe dort verschiedene Positionen, wie das Logo der Stadt Rheine, das E-Government und den Erwerb von Lizenzprodukten, die man noch einmal diskutieren möchte.

Herr Brunsch teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Anträgen der CDU-Fraktion zustimmen werde.

Herr Wullkotte und Herr Dr. Lüttmann schlagen vor, dass ein gesonderter Projektbeschluss vor der Durchführung des Portalrelaunchs vom Haupt- und Finanzausschuss eingeholt werde. Wenn der Haupt- und Finanzausschuss über die Durchführung gesondert beschließe, sei ein Sperrvermerk im Haushalt entbehrlich.

### **Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etatberatungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 2 – Sonstige Änderungen in den Fachbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.
- 2.1 Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt folgende weitere Änderung:  
Fachbereich 4, Produktgruppe 42 Finanzen, Ergebnisplan, Berichtszeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: Gutachter - und Beratungskosten, Verminderung Auszahlung um 7.000,00 Euro auf 35.000,00 Euro in den Jahren 2016 ff.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 3 – Änderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen – aufgeführten Veränderungen zu.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 3 und 4 unter Berücksichtigung der in der Begründungen unter Buchstabe B, Ziffer 4 enthaltenen Erläuterungen zu.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der der Vorlage als Anlage 5 beigefügten Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 5 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.
6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2016 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2016 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:            1        Nein-Stimme  
    15        Ja-Stimmen

**10.            Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

0:00:18

Es liegen keine Eingaben vor.

## **11. Einwohnerfragestunde**

### **11.1. Anzeige einer Beschäftigung/Erwerbstätigkeit**

0:22:48

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, fragt an, ob von Frau Dr. Kordfelder bei der obersten Dienstbehörde nach § 3 Landesbeamtengesetz NRW die Ausübung einer Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit nach § 42 a Beamtenrechtsrahmengesetz angezeigt wurde.

Ferner stellt er die Ergänzungsfrage, wann die Anzeige von Frau Dr. Kordfelder nach § 42 a BRRG erfolgt sei.

In diesem Zusammenhang fragt er, weshalb keine Untersagung seitens der obersten Dienstbehörde nach § 42 a BRRG erfolgt sei.

### **11.2. VHS-Weiterbildungsprogramm**

0:23:42

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, möchte wissen, wann das VHS-Weiterbildungsprogramm 2017 in Druck gegeben werde.

Ferner stellt er die Ergänzungsfrage, bis wann Referenten ihre Angebote für das Weiterbildungsprogramm 2017 anmelden müssen.

Weiterhin möchte er wissen, wer, wann über die Aufnahme eines Kurses in das Weiterbildungsprogramm 2017 der Volkshochschule Rheine entscheide.

### **11.3. Eingaben einer Rechtsanwaltskanzlei**

0:24:22

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, bittet um Auskunft, wieso die Verwaltung dem Bauausschuss für die Sitzung am kommenden Donnerstag die Abwägung der zahlreichen Eingaben einer Rechtsanwaltskanzlei aus Osnabrück, dessen Ausformulierung entsprechend einer öffentlichen Erklärung in der Münsterländischen Volkszeitung vom 14.11.2015 vom sachbearbeitenden Rechtsanwalt Kuhlmann, bis zum 30.04.2015 Beigeordneter der Stadt Rheine, der in seiner früheren Funktion entsprechend der Niederschrift zur Vorlage 326/14 vom 28.08.2014 gegenüber der Öffentlichkeit zum Themenkreis Bannwiese erklärt habe, dass die vorgeschlagenen Investitionen auch so umgesetzt werden sollten, da sie, zum einen eng mit dem Kanalbaumaßnahmenprogramm der Technischen Betriebe Rheine getaktet seien und zum anderen der Stadt Rheine die Möglichkeit geben, hierfür Beiträge zu erheben und dies aus stadtplanerischer Perspektive vor allem Schritte seien, die durch Flächennutzungspläne und Bebauungspläne bereits vorbereitet wurden, vorschläge.

Ferner stellt er die Ergänzungsfrage, ob seitens der Stadt Rheine, unter Hinweis auf die Vorlage 326/14 vom 28.08.2014 und dessen Niederschrift, die Auffassung geteilt werde, dass durchaus ein Widerspruch zur öffentlichen Erklärung von Herrn Kuhlmann in der Münsterländischen Volkszeitung vom 14.11.2015 bestehe, dass er mit dem Verfahren selbst nicht persönlich befasst gewesen sei.

Weiter bittet er um Auskunft, wieso die Stadt Rheine nicht Herrn Kuhlmann, der sich öffentlich über die Medien, trotz der zwischenzeitlich bekannten Verwaltungsvorlage vom 28.08.2014, als Mediator und Rechtsanwalt angeboten habe, obwohl das nach § 3 der Berufsordnung für Rechtsanwälte untersagt sei, in einer Angelegenheit tätig zu werden, wenn er bereits zuvor in derselben Sache für eine Partei tätig gewesen war, in diesem Fall als Rechtsanwalt bzw. in Abgrenzung zum Technischen Beigeordneten, im Verfahren die Eingaben nicht zurückgewiesen habe. Herr Hemelt fragt an, ob diese fehlende Zurückweisung mit der Folge der Anerkennung und Abwägung der in Rede stehenden zahlreichen Eingaben dieser Rechtsanwaltskanzlei, unter Federführung des ehemaligen Beigeordneten Jan Kuhlmann, andererseits zu einem maßgeblichen Form- und Verfahrensfehler im Verfahren um die Herstellung der Bannewiese seitens der Stadt Rheine mit entsprechenden Rechtsfolgen führen könnte.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. In dem Antwortschreiben werde es einen ergänzenden Hinweis dazu geben, dass das Einwohnerfragerecht auch rechtsmissbräuchlich verwendet werden könne. Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, sich vorzubehalten, Herrn Hemelt dann auch möglicherweise von der Einwohnerfragestunde auszuschließen.

## **12. Anfragen und Anregungen**

0:29:59

Es folgen keine Wortmeldungen.

***Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:35 Uhr***

---

Dr. Peter Lüttmann  
Bürgermeister

---

Julia Seebeck  
Schriftführerin